



Unser Antrag:

Eine zukunftsfähige Asylpolitik nach dem Vorbild Dänemarks ermöglichen – Opt-Out aus dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem

Bundestagsdrucksache 20/3931



HIER SCANNEN

Asylchaos beenden

Die Europäische Union und die Bundesregierung haben das Asylrecht durch zahlreiche umstrittene Maßnahmen und Verordnungen derart verkompliziert, dass ein sachgemäßer Umgang mit den Migrationsströmen nach Europa seit vielen Jahren nicht mehr gewährleistet werden kann.

Dieser Entwicklung stellt sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag als einzige Bundestagsfraktion mit parlamentarischen Anträgen entschlossen entgegen. In der Bundestagsdrucksache 20/3931 »Eine zukunftsfähige Asylpolitik nach dem Vorbild Dänemarks ermöglichen – Opt-Out aus dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem« fordert die AfD-Fraktion, das derzeit geltende europäische Asylsystem nach dem Vorbild Dänemarks durch eine vernünftige nationale Regelung zu ersetzen.

Ein weiterer Ansatz zur Ordnung des Asylchaos, für den sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einsetzt, sieht die Einrichtung von Asylzentren in Drittstaaten vor, um an sicheren Orten die umfassende und abschließende Überprüfung von Asylanträgen durchzuführen.

Vermeintliche Schutzbedürftigkeit

Die Prüfung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hinsichtlich der Schutzwürdigkeit der Asylbewerber ergab für das Jahr 2022 eine Schutzquote – das heißt der Anteil der als Flüchtling oder asylberechtigt anerkannten Asylbewerber – von 56,2 Prozent. Angesichts dieser Quote stellt sich die Frage nach der sachlichen Angemessenheit der Entscheidungen des BAMF und der Funktionalität des bestehenden Rechtsrahmens.

Doch auch von den 43,8 Prozent als nicht schutzwürdig eingestuften Migranten verbleibt der Großteil in Deutschland. Ende 2021 hielten sich 292.672 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland auf. Das sind mehr Menschen als in Augsburg, Chemnitz oder Mönchengladbach leben. Abgeschoben wurden im selben Jahr jedoch lediglich 11.982 Personen.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag verfolgt diesen Prozess konsequent, erfragt die Zahlen zu den vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern und bietet Lösungen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht.



Abwärtstrend bei den Abschiebungen



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FOLGEN SIE UNS

- [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
- fb.com/AfDimBundestag
- [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
- youtube.com/AfDFraktionimBundestag
- instagram.com/afdimbundestag
- tiktok.com/@afdfraktionimbundestag
- gettr.com/user/afdbundestag
- Rundbrief-Abonnement: <https://t1p.de/y CSG>

Herausgeber:
Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag,
vertreten durch den Fraktionsvorstand.

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Februar 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteipromotion und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.



ASYLMIGRATION AKUT

Zahlen zur Einwanderung und die Forderungen der AfD-Fraktion



Deutschland steht momentan vor einer Reihe tiefgreifender Probleme; hierzu zählt insbesondere die Asylummigration. 2015 haben wir eine Flüchtlingswelle enormen Ausmaßes erlebt. Die Warnungen, dass sich dies nun wiederholen könnte, erscheinen angesichts der im Jahr 2022 verzeichneten Flüchtlingszahlen mehr als berechtigt.

Flüchtlingsströme aus der Ukraine

Zwischen Ende Februar 2022 und Januar 2023 wurden insgesamt 1.043.578 Flüchtlinge¹ aus der Ukraine im Ausländerzentralregister registriert, von denen 74 Prozent derzeit in privaten Unterkünften leben. Dieser Umstand trägt dazu bei, dass der Wohnungsmarkt in Deutschland auch weiterhin prekär bleibt. Besonders dramatisch ist die Entwicklung in den Großstädten – hier liegt der Leerstand mittlerweile bei nahezu null Prozent.

Schon heute zeichnet sich ab, dass die Fluchtbewegung gleichzeitig auch eine Migrationsbewegung ist. Umfragen zufolge gaben 37 Prozent der befragten Ukrainer an, einige Jahre oder für immer in Deutschland bleiben zu wollen, 27 Prozent zeigten sich unentschieden und 34 Prozent beabsichtigen, Deutschland nach Kriegsende wieder zu verlassen. Laut einer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Dezember 2022 durchgeführten Studie besucht die Hälfte der Befragten einen Deutschkurs, lediglich vier Prozent der Flüchtlinge weisen gute Deutschkenntnisse auf.

Unser Antrag:

Nationale Kraftanstrengung zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern

Bundestagsdrucksache 20/1508



HIER SCANNEN

Steigende Anzahl von Asylanträgen

Parallel zum Flüchtlingsstrom aus der Ukraine sieht sich unser Land mit einer Asylummigration aus anderen Teilen der Welt konfrontiert. Dabei stößt Deutschland spürbar an seine Kapazitätsgrenzen. Bereits Anfang September 2022 hatten deshalb 12 der 16 Bundesländer einen Stopp bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen verhängt. Im selben Monat teilte der Deutsche Landkreistag mit, dass vielerorts die Aufnahmekapazitäten erschöpft seien.

Trotz dieser beunruhigenden Meldungen trifft die Bundesregierung nicht die notwendigen Entscheidungen, um den Missbrauch des Rechts auf Asyl wirksam zu unterbinden. Zusätzliche Migrationsanreize wie das Chancenaufenthaltsrecht, das neue Bürgergeld, der versprochene Familiennachzug sowie weitere Bundes- und Landesaufnahmeprogramme verschärfen die ohnehin schon angespannte Lage.



1,6 Millionen Einwanderer sind aktuell arbeitslos, arbeitsuchend oder leben von Hartz IV beziehungsweise Bürgergeld.

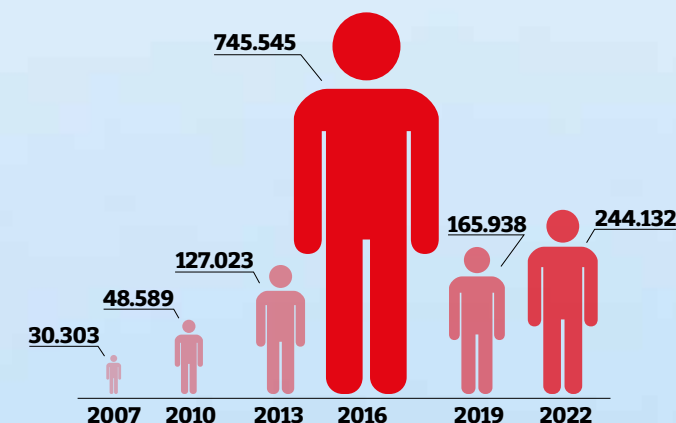
Einwanderung in die Sozialsysteme

Anstelle der von der Bundesregierung verkündeten Fachkräfteeinwanderung zeichnet sich in unserer Gesellschaft nach den bisherigen Migrationsströmen ein vollkommen anderes Bild ab:

1,6 Millionen Einwanderer sind aktuell arbeitslos, arbeitsuchend oder leben von Hartz IV beziehungsweise Bürgergeld – rund 50 Prozent von ihnen sind Empfänger von Regelleistungen. Von den 460.000 Einwanderern, die einer Arbeit nachgehen, sind mehr als die Hälfte in geringqualifizierten Jobs tätig. Im Vergleich hierzu liegt die Hartz-IV-Quote der deutschen Bevölkerung bei 5,6 Prozent.

Migration wird den Fachkräftemangel nicht beseitigen. Ein Lösungsansatz besteht in der verstärkten Automatisierung von Arbeitsprozessen, wie sie die AfD-Bundestagsfraktion fordert. Der Anteil des öffentlichen Sektors am Arbeitsmarkt muss reduziert und die Überakademisierung beendet werden. Wir brauchen weniger Studenten und mehr Auszubildende. Am wichtigsten jedoch ist: Wir müssen un-

Asylanträge insgesamt



sere Landsleute ermuntern, wieder mehr Kinder zu bekommen. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Kinder!

Unser Antrag:

Technisierung statt Zuwanderung – Für einen Arbeitsmarkt der Zukunft

Bundestagsdrucksache 20/5225



HIER SCANNEN

¹ Die Nachweise für die hier genannten Daten können beim Arbeitskreis Innen angefragt werden.